

## 122. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 16. September 2016

**Ilka vom Boeselager zu dem fraktionsübergreifenden Antrag:**

**Berlin/Bonn-Gesetz im Interesse von Bund, Land und Region nachhaltig realisieren: die Bundesstadt Bonn als Regierungs- und UN-Standort stärken**

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Hendricks hat es gesagt: Wir sind sehr froh, dass wir einen gemeinsamen Antrag hinbekommen haben. Dennoch bin ich betroffen, dass wir schon wieder hier über dieses Bonn-Berlin-Gesetz diskutieren müssen.

Wir haben es im letzten Jahr am 5. November zum letzten Mal gemacht. Ich erinnere noch an unseren Antrag, den wir gestellt haben: 20 Jahre UN-Stadt Bonn.

Meiner Ansicht nach ist es eine existenzielle Frage für den Großraum Bonn, für den Rhein-Sieg-Kreis und für das Nachbarland Rheinland-Pfalz, aber ebenso für die Bundesrepublik Deutschland. Es muss uns gelingen, den Substanzverlust jetzt zu stoppen, denn sonst steuern wir in eine andere Staatlichkeit. Auch unsere guten NRW-Kontakte nach Brüssel würden zum Schaden für Deutschland aufs Spiel gesetzt.

Gerade jetzt in den letzten Monaten feiern wir historische Jahrestage: 20 Jahre UN-Stadt Bonn. Der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Vollendung der Einheit Deutschlands jährt sich zum 25. Mal. Nordrhein-Westfalen hat jetzt im August Geburtstag gehabt und ist 70 Jahre alt geworden. Zu jedem dieser Jubiläen stellen wir fest, wie wertvoll die darin verwurzelten historischen Prozesse für Nordrhein-Westfalen sind. Sie wirken in einem erfolgreichen Föderalismus, um den uns unsere Nachbarn doch beneiden. Sie lassen auch jene Zeiten davon vergessen, als es in Berlin Obrigkeitsverhältnisse gab, in der preußischen Rheinprovinz oder in der preußischen Provinz Westfalen.

Die ewigen Bonn-Berlin-Debatten laufen konträr zu den jüngeren Erfolgsgeschichten, die wir haben. Die Menschen in meiner Heimat, dem Rhein-Sieg-Kreis, und auch in der Bundesstadt Bonn, sind es, ehrlich gesagt, leid. Die stichhaltigen Argumente, die unser gemeinsamer Antrag jetzt wieder bündelt, liegen glasklar auf dem Tisch und nicht erst seit heute.

Aber die Sorgen sind nochmals größer geworden. Frau Hendricks hat eben betont, dass schon immer ein schleichender Prozess stattgefunden hat, Positionen abzubauen. Jetzt geht es noch einmal darum. Die Bundesbauministerin — bedauerlicherweise kommt sie aus Nordrhein-Westfalen — hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um hier weiter zu verschlanken. Das zwingt dazu, wie Goethe einmal gesagt hat Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns herum immer wieder gepredigt wird.

Deshalb war es uns auch als CDU-Fraktion wichtig, in den Standpunkten nicht irgendwo vage zu bleiben. Der heutige Antrag ist ein gutes Ergebnis und vor allen Dingen ist er für die gesamte Region parteiübergreifend.

Das ist auch nicht immer so einfach, Kolleginnen und Kollegen, das hinzubekommen. Aber bis nach Mainz hin ist man sich einig, dass es ganz entscheidend für die Zukunft bei uns hier in der Region und auch in Nordrhein-Westfalen ist, hier zu einer gemeinsamen Lösung, einer Lösung, die auch auf Dauer Bestand hat, zu kommen.

Wir sind entschlossen, zum Bonn-Berlin-Gesetz deutlich Flagge zu zeigen und bei einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung das kraftvolle zweite bundespolitische Zentrum zu bleiben.

Die Grammatik dazu ist, dass beide Verabredungen gelten. Denn die Regierungsfunktionen sind für den erfolgreichen Ausgleich lebensnotwendig.

Das zeigt sich auch in diesem, von der Region erarbeiteten Positionspapier. Als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen wird Bonn auch weiterhin nur in dem Maße funktionieren können, wie die ministeriellen Ansprechpartner für diese zukunftsweisenden Themen und Fragestellungen auch physisch in Bonn vorhanden und vertreten sind.

Die dauerhafte und faire Arbeitsteilung ist leistungsstark und politisch richtig für die Region, für unser Bundesland und für die Republik. Meiner Meinung nach sollten wir hier ein starkes Zeichen setzen und alle hier in unserem Parlament zustimmen und die Landesregierung auffordern, in diesem Sinne für uns auch in Berlin zu votieren. — Danke.

(Allgemeiner Beifall)